

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 25.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abzugspreis: Die 8-spaltige Zeile 5.— Mk., von anwärts 7.— Mk. Werbetexte u. Wohnungsanzeigen nach Bel. nach, die 3-spaltige Zeile 15.— Mk., von anwärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Anzeigen bis 11 Uhr. — Postabnahme Danzig 1922. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 173

Mittwoch, den 26. Juli 1922

13. Jahrgang

Die Reichsregierung gegen die bayerische Auflehnung.

Aus Berlin wird uns amtlich gemeldet: Die Weigerung der bayerischen Regierung, das Reichsgesetz zum Schutze der Republik durchzuführen, und die Verordnungen der bayerischen Regierung haben eine ernste politische Lage geschaffen, mit der sich die Reichsregierung in mehreren Sitzungen befaßt hat. Es ist verständlich, daß auf die Anwesenheit sämtlicher Reichsminister besonderer Wert gelegt wird, ehe eine Entscheidung getroffen wird. Die Mitglieder der Reichsregierung werden voraussichtlich im Laufe des morgigen Tages alle in Berlin eintreffen. Der Reichsernährungsminister Fehr hat bereits an der gestrigen Sitzung des Kabinetts teilgenommen. Der Reichswehrminister Dr. Gessler wird heute erwartet. Die Reichsregierung wird in ruhiger Entschlossenheit die Interessen und die Rechte des Reiches zu wahren wissen. An der Rechtsungültigkeit der bayerischen Verordnung wird in Regierungskreisen ein Zweifel nicht gehegt. Die Verordnung kann nach Artikel 48 vom Reichspräsidenten oder vom Reichstag aufgehoben werden. Auch mit dieser Möglichkeit beschäftigt sich das Kabinett.

Bayern beharrt auf seinem Standpunkt.

Der bayerische Landtag nahm gestern zu der Sabotage-Verordnung der Landesregierung Stellung. Ministerpräsident Graf Verchenfeld führte aus:

Die unzeitige und unsinnige Frevelstat an Mathenau habe das Reich und das deutsche Volk in eine schwere Krise gestoßen. Die bayerische Regierung sei sofort bereit gewesen, dem Reich alles zu „Unerschütterlichkeit der gegenwärtigen Staatsform“ Notwendige zu geben, in der auch sie nach den gegenwärtigen Verhältnissen die allein mögliche Staatsform sehe. Mit solchen Repressivmaßnahmen könne aber das Ziel nicht erreicht werden, nur eine mittlere Linie der Politik hätte versöhnend wirken können. Leider sei diese Linie in Berlin nicht eingehalten worden, die Maßnahmen erhielten einen Ausnahmeharakter. Sie nahmen die Richtung auf eine Klassenherrschaft und auf einen Einheitsstaat an. Bayern habe alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft, um die Wesenszüge dieses Charakters zu entkleiden. Nicht unerhebliche Verbesserungen seien erreicht worden. In wesentlichen Punkten seien aber die Anträge Bayerns nicht angenommen worden, so namentlich in der Frage des Staatsgerichtshofes. Das Reichsbeamtengesetz berühre die bayerischen Landesbeamten zwar nicht unmittelbar, aber auch für sie seien damit Gefahren verknüpft. Das Reichskriminalpolizeigesetz bedeute die Ausschöpfung der Eigenstaatlichkeit der Länder. Die bayerische Regierung belege im Interesse des Reiches nicht weniger als im eigenen Landesinteresse die Gestalt der Gesetze. Sie erblicke in den Eingriffen in die Justiz- und Polizeiherrschaft der Länder eine Vergewaltigung Bayerns, die mit dem Sinne und der Struktur der Reichsverfassung im Widerspruch stehen. Die tiefe Unruhe im bayerischen Volk sei auf die Besorgnis zurückzuführen, daß Staat für Staat der bayerischen Staatlichkeit verloren gehe und schließlich Bayern zu einer Provinz herabgedrückt werden könnte. Das Schubgesetz werde in Bayern energisch und loyal ausgeführt werden. In der Frage der Justizhoheit könne die bayerische Regierung aus Rücksichten der Staatshoheit dem Mehrheitswillen nicht folgen.

Verchenfeld richtete dann an die bayerische Pfalz die Mahnung, keine pfälzische Sonderpolitik zu treiben. Solange der Grundbesitz in Bayern gelte: Bayern im Reich und für das Reich, wäre eine solche Sonderpolitik ein vermessenes Spiel. Völlig unbegründet seien alle Besorgnisse, die in den Maßnahmen der bayerischen Regierung eine Abkehr von dem alten festgehaltenen Grundgesetz der Reichstreue erblicken wollten. Der Minister spricht das Bedauern der Regierung über das Ausscheiden der Demokraten aus der Regierungskoalition aus und schließt: Die Regierung könne den beschrittenen Weg nur dann verfolgen, wenn sie die Mehrheit der bayerischen Volksvertreter hinter sich habe.

Der Landtag nahm ein von der Bayerischen Volkspartei beantragtes Vertrauensvotum mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei, der Bayerischen Bauernbundes und der Bayerischen Mittelpartei an.

Der „Vorwärts“ sagt, daß der gestrige Abstimmungsstich Verchenfelds nichts anderes bedeute, als die Wiedererweckung des Mahr-Regiments in Verchenfeldscher Aufmachung. Das Blatt glaubt über die Auffassung, die in der gestrigen Beratung des Reichskabinetts zum Ausdruck kam, mitteilen zu können, daß an überstürzte Maßnahmen, wie eine Inanspruchnahme der Reichsregierung, nicht gedacht wurde. Der verfassungswidrige Schritt Bayerns soll zunächst mit verfassungsmäßigen Maßnahmen beantwortet werden, und zwar werde sich das Kabinett wahrscheinlich zunächst für die Anrufung des Reichsgerichts laut Artikel 18 der Reichsverfassung entscheiden.

Das „Berliner Tageblatt“ betont: Alle Ausführungen Verchenfelds konnten den engherzigen partikularistischen Standpunkt, von dem der Kampf Bayerns seit Jahr und Tag gegen das Reich ausgeht, nicht verhillen. Was heute Bayern tut, könnte morgen Sippe oder Inhalt für sich beanspruchen. Da muß letzten Endes die Einheit des Reiches praktisch negieren. Das Reich hat also die Verpflichtung, herartigen gefährlichen Extratouren einzelner Länder mit allen aus der Reichsverfassung entspringenden Mitteln entgegenzutreten.

Der Münchener Stadtrat nahm gestern einen Dringlichkeitsantrag der Demokraten, Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialisten an, in dem die Stellungnahme der bayerischen Regierung gegenüber dem vom Reichstag und Reichsrat beschlossenen Gesetze zum Schutze der Republik bebauert und verurteilt wird. Durch diese Stellungnahme würden ernste Gefahren in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht hervorgerufen, die den schwer erschütterten Volkskörper aufs neue gefährden und in ihren Folgen die Reichseinheit bedrohen. Der Stadtrat erwartet von der bayerischen Regierung, daß sie ihre verhängnisvollen Beschlüsse umgehend zurücknimmt.

Die englisch-französischen Reparationsberatungen

Die „Times“ schreiben in einem Leitartikel, wenn auf Polincars Vorschlag, nach London zu kommen, noch keinerlei offizielle Antwort erfolgt ist, so darf der Grund hauptsächlich in dem Wunsche der britischen Regierung zu suchen sein, die parlamentarischen Arbeiten derart einzurichten, daß die Regierung diesen internationalen Erörterungen volle Aufmerksamkeit widmen kann. Obwohl es wünschenswert ist, daß die anderen Alliierten in die Lage kommen, an den Beratungen teilzunehmen, könnten die zur Erörterung stehenden Fragen nicht länger aufgeschoben werden. Den größten Teil der Aufgabe hat naturgemäß Großbritannien und Frankreich zu erledigen. Wenn sie sich über die Hauptgrundsätze einer gerechten Regelung der Reparationsfrage in Verbindung mit einer Liquidation der interalliierten Schulden einigen können, werden die anderen alliierten Regierungen zweifellos zur Mitwirkung bereit sein.

Die Separatistenbewegung im Rheinland.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Deermann, der einzige gewählte Vertreter der separatistischen rheinischen christlichen Volkspartei und Hospitant der bayerischen Volkspartei, ist aus seiner Partei ausgeschlossen worden, weil er auf dem Föderalistentag in Frankfurt am Main ohne Zustimmung der Parteileitung behauptet hat, daß die christliche Volkspartei von dem Artikel 18 der Reichsverfassung (Volksabstimmung) während der Dauer der Besetzung der Rheinlande keinen Gebrauch machen werde. Die Partei spricht ihm das Recht ab, ferner als ihr Abgeordneter aufzutreten.

Die Merikale Partei, die allerdings im Rheinland nicht über bemerkenswerten Anhang verfügt, will also unter der fremden Besetzung eine staatsrechtliche Aenderung in den Rheinlanden vornehmen. Angesichts des Widerstandes aller anderen Parteien gegen diese Pläne sind die Separatisten allerdings ein einflussloses Häuflein.

Hurra, die Armee!

Stolz wagt die Fahne . . .

In der „Roten Fahne“ schwärmt „Friedrich Seid“ von Rußlands schimmernder Wehr:

Heute ist die Rote Armee eine unüberwindliche Stütze der Sowjetmacht. Heute ist sie der Schrecken aller Mandstaaten. Heute haben auch die großen kapitalistischen Staaten vor ihr allen Respekt. Ja, die Rote Armee ist heute die stärkste Armee der Welt.

Vor dem Krieg und auch heute noch ist es üblich, Armeen miteinander zu vergleichen, indem die Zahl der Mannschaften, der Offiziere, der Kanonen, der Maschinengewehre, der Flugzeuge des einen Staates der entsprechenden Zahl vom anderen Staate gegenübergestellt werden. Ein einfaches Rechenexempel.

Und wir das mit der Roten Armee, so wird sich zeigen, daß sie die zahlenmäßig größte Armee ist, daß ihre Ausrüstung sich mit der anderer Armeen wohl messen kann. Denn Sowjetrußland hat aus eigener Kraft alle notwendigen Waffen für seine Armee geschmiedet, sogar Tanks und Flugzeuggeschwader.

Da es an Blaufreuzbomben gewiß auch nicht fehlt, kann nun niemand mehr daran zweifeln, daß in Sowjetrußland alle Ideale des Sozialismus erfüllt sind.

Das kranke Europa.

Die italienische Regierungskrise.

Der König hat Bonomi auf den Rat des Kammerpräsidenten Vittoia mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Bonomi erklärte, sich dem Wunsche des Königs fügen zu wollen, eine endgültige Antwort behielt er sich aber noch vor.

Ueber die Möglichkeiten eines neuen Kabinetts Bonomi sind die Ansichten der Parlamentarier sehr geteilt. Die Faschisten verhalten sich feindselig, die liberalen Wollitinerer weisen darauf hin, daß die Volkspartei, die das Kabinett Facta zum Scheitern brachte, selber die Krise lösen möge. Dabei nennen sie fortwährend Mebea als den geeignetsten Mann.

Ein neuer Kompromißkandidat in Polen.

In der polnischen Ministerkrise ist insofern eine Aenderung eingetreten, als das Zentrum sich bereit erklärt, sich mit der Linken über die Grundlage für die Bildung eines aus Vertretern beider Gruppen bestehenden Kabinetts zu verständigen. Als künftiger Ministerpräsident wird der frühere österreichische Abgeordnete Dr. Stedkiewicz genannt.

„Glos Marobu“ fordert, daß der Sejm Pilsudski vor Gericht stellt und ihn seines Amtes entsetzt.

„Ministerpräsident“ Koslantsy erhält schon Verdienstkreuz.

Wie „Przeglad Wieczorny“ meldet, hat General Szcepticki Koslantsy durch seinen Adjutanten das Verdienstkreuz mit heraldischen Glanzwünschen überreichen lassen.

Das Blatt meint dazu, Kriegsminister Sosnkowski, der für die Verleihung verantwortlich sei, hätte wissen müssen, daß die Ueberreichung eines militärischen Verdienstkreuzes in diesem Augenblicke eine nicht mißzuverstehende politische Demonstration sei. Daß „Ministerkandidaten“ sich untereinander mit Orden auszeichneten, sei eine beispiellose Neuheit. Minister Sosnkowski erniedrige die Bedeutung des Kreuzes, das er manchmal ansteife, nur um sich Freunde zu gewinnen. Habe doch sogar Pfarrer Lutofawski ein militärisches Verdienstkreuz erhalten, für die Schlacht, in der er nie gewesen sei.

Die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse, die sich innerhalb und außerhalb Deutschlands gegenwärtig abspielen, verlangen die intensive Aufmerksamkeit und das geschlossene und wohlüberlegte Handeln der organisierten Arbeiterklasse. Es ist offensichtlich, daß der Krieg und die sogenannten Friedensverträge einen Zustand der Erschöpfung und der fortdauernden Krise geschaffen haben, deren Opfer die Arbeiterklasse und teilweise in noch stärkerem Maße der städtische Mittelstand sind. Mit Kraftworten oder mit gewalttätigen Aktionen wird dieser krankhafte Zustand Europas nicht gemindert werden. Auch mit „grundständlicher Opposition“ wird nichts gehiebert werden. Alle Hoffnung auf Besserung, die nur eine gründliche Umgestaltung bringen kann, beruht heute auf der politischen und wirtschaftlichen Einsicht der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften, deren Voraussetzung ihre Aktionsfähigkeit, also ihre Einigkeit ist. Leider klaffen hier gerade tiefe Räden.

Die beiden akuten Krisen, die jetzt im Osten und Süden Europas, in Polen und Italien, ausgebrochen sind, bringen weder eine Ueberraschung noch tragen sie in sich die Möglichkeit einer Gesundung.

Polen, das gehächselte Kind der Alliierten, ist politisch und wirtschaftlich schwer krank. Aus drei Gebietsteilen und vier Nationen zusammengestoppelt, die während eines Jahrhundert und darüber, während der gesamten kapitalistischen Entwicklungsperiode voneinander getrennt waren und wirtschaftlich und kulturell nach drei verschiedenen Zentren aufstrebten, bekam es von den Alliierten als Patengeschenk den imperialistischen Machtwagen. Polen erkrankte als ein Land mit inneren kulturellen und wirtschaftlichen und ohne äußere geographische Grenzen. Nach seiner Seite hatte das neuerstandene Polen bestimmte Grenzen. Unter diesen Umständen war es unvermeidlich, daß die dünne Oberhäutchen von Junkern, Advokaten, Journalisten und politischen Industriemagnaten, die in Polen die politische Herrschaft — wenn auch nicht unbestritten — bekamen, nach einem kurzen Interregnum einer sozialistisch-kleinbäuerlichen Regierung, den Versuch machten, den neuen Staat mit Blut zu füttern, die inneren Gegensätze durch äußere Eroberungszüge auszugleichen. Ueberdies war Polen die Mission zugeteilt worden, gegen Osten und Westen, zwischen Rußland und Deutschland, eine Barriere zu bilden.

Die Kriege gegen die Ukraine, gegen Rußland und Litauen, die Einfälle in Obereschlesien, der heimliche Krieg gegen die Tschechoslowakei, sie waren alle nur eine logische Kette eines im Grunde tragischen Geschehens. Denn diese kriegerischen Verwicklungen brachten das erschöpfte Land immer tiefer in den wirtschaftlichen Verfall. Nur die äußeren Grenzen überall so ziemlich festgelegt und die Zeiten

Danziger Nachrichten.

Nacht keine Angstinkäufe.

Die hinter uns liegenden Tage des bis jetzt größten Marktes haben an allen Börsen eine nicht geringe Aufregung hervorgerufen. Schlimmer aber war noch die Panik, die unter dem Verbrauchern beim Bekanntwerden der unaufrichtigen Steigerung des Dollarkurses ausbrach. Ein kolossaler Ansturm auf Lebensmittel und Gebrauchsgüter setzte ein. Es ist gewiß verständlich, wenn jeder einzelne die erfahrungsgemäß einem Marktes folgende Preissteigerung für sich selbst dadurch abzumildern versuchte, daß er sich bemühte, einige Vorräte anzulegen. Dabei wird leider außer acht gelassen, wie wenig damit wirklich der ersahungsgemäß Zweck erreicht wird. Man überlege doch, durch den unstilligen Ansturm auf die vorhandenen Vorräte — die bei regulärer Abnahme für einen bestimmten Zeitraum gereicht hätten — entstehen in den Läden und Bürgern unvorhergesehene Schäden. Versucht der Handel und auch die Genossenschaften, diese Schäden schnellstens auszufüllen, so werden durch die so entstehende ganz anomale Nachfrage auch die Großhandelspreise schneller und weiter hochgetrieben, als es durch die Verhältnisse tatsächlich bedingt wird. Will der Großhandel oder die Industrie neue Auslandsware hereinnehmen, so muß sie sich dafür mit entsprechenden ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen) versehen und zwar gerade zu der Zeit, wo die Kurse derselben in die Höhe gehen und nun durch die neue Nachfrage erst recht sprunghaft gesteigert werden. Bei ruhigerem Verkauf der Dinge hätte man in vielen Fällen einen besseren Kursstand abwarten können. So wirkt sich in großen Wellentritten die Nervosität der Verbraucher aus. Die Folgen machen sich dann schon bei den nächsten Einkäufen bemerkbar. Dürften alle Verbraucher nach wie vor einfach ihren laufenden Bedarf decken, so wäre nur ein verhältnismäßig langsames Ansteigen der Preise eingetreten. Nun aber schwenken die Preise sprunghaft in die Höhe, so daß die Hausfrau beim nächsten Einkauf schon mehr draufzahlen muß, als sie vielleicht bei dem letzten übertriebenen hohen Einkauf vor der Preissteigerung ersparte.

Am schlimmsten aber sind die Armen in der Armei daran, die nur von der Hand in den Mund leben und niemals mehr als den notwendigen Bedarf einsparen können. Sie, die nicht durch die Anlage auch der kleinsten Vorräte die Preissteigerung ein wenig abfangen können, werden durch diese sprunghaften Erhöhungen wie von Keulen geschlagen, hart und unvermittelt, getroffen. Und herzzerreißend ist es, wenn man ansehen muß, wie diese armen Leute für das wenige Geld, das sie noch in der Hand haben, auch nicht einmal das Infolge der eingetretenen Preissteigerung ohnehin verminderte Quantum der notwendigsten Artikel haben können, wenn eben die Ware vollständig ausgegangen ist.

Die sprunghaften Preissteigerungen wirken eben wie unmittelbare Strafen auf die Torkelnden, die von der Verbraucherschaft als Ganzer infolge ihrer allzu mangelhaften volkswirtschaftlichen Einsicht immer wieder begangen werden. Leider nur trifft auch hier wieder, wie so häufig, die Strafe neben solchen, die sie verdienten, sehr viele, die unverschuldet dazu gelangen.

Alle einsichtigen Verbraucher aber sollten keine Gelegenheit vorübergehen lassen, auf die schädlichen Folgen des Hamsterens hinzuweisen. Einmaligen kleinen Augenblicksvorteilen stehen die große unmittelbare Schädigung der ärmeren Volksgenossen und der — auch für die Hamsterer selbst — dauernde Nachteil einer durch derartige Panikstimmungen über die tatsächlichen Erfordernisse hinausgetriebenen Preisbildung gegenüber. Nichts desto weniger schadet eben nicht nur der Gesamtheit, sondern auch dem einzelnen selbst.

Dabei ist auch ein Wort über das Verhalten der Hausfrauen gegenüber den Wucherforderungen am Platze. In vielen Orten sind die Frauen dazu übergegangen, sogenannte Käuferstreiks zu organisieren. Zeitlich ist das gegenüber den unverhältnismäßig hohen Preisen für leicht verderbliche Lebensmittel, wie Milch, Fleisch, Butter usw., auch von Erfolg gewesen. Es wäre an der Zeit, daß auch die Hausfrauen in Danzig zu einer solidarisierenden Abwehraktion übergingen.

Das hat uns noch gefehlt.

Straffreierklärung von Preistreibern.

Unsere Berichte haben bisher noch fast in all den Fällen verlangt, in denen zur Bekämpfung der Fälschung und des Wuchers scharf gegen Preistreiber, Schleichhandel und Höchstpreisüberschreitungen vorzugehen war. Höchstens bei derartigen Vergehens kleiner Leute entwickelte man eine seltene Farsche. Da wo es sich um wirklich ernste gewerbsmäßige Verhältnisse gegen Wucher- und Schleichhandelsgehalte handelte, ist man von einer auffälligen Milde. So auch jetzt wieder in folgendem Fall: Der Restaurateur Ignaz Kirchner hatte größere Mengen Butter vom Lande für 82 und 85 Mark das Pfund aufgekauft, während der Höchstpreis 28 Mark betrug. Diese Butter wurde in der Restauration verwandt. Der Geschäftsführer verkaufte von dieser Butter auch an Bekannte. Vom Schöffengericht wurde Kirchner wegen Preistreiberi, Schleichhandels und Höchstpreisüberschreitung zu 8 Tagen Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe und der Geschäftsführer zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen diese noch durchaus milden Strafen legten die Verurteilten Berufung ein. Die Strafkammer, die sich nun erneut mit der Sache zu befassen hatte, kam jedoch zu einer wesentlich anderen Auffassung als das Schöffengericht. Der Geschäftsführer behauptete vor der Strafkammer, daß er beim Weiterverkauf nur den Preis von 28 Mk. genommen habe und von der Butter verkauft hätte, die vorher für 28 Mark eingekauft war. Die Strafkam-

mer hielt es nicht für möglich, diese Behauptungen zu widerlegen und sprach den Geschäftsführer vollkommen frei. Kirchner wurde wegen der Höchstpreisüberschreitung unverkündlicherweise freigesprochen, da er die Butter nicht weiterverkauft, sondern in die Speisen des Restaurants verarbeitet hat. Danach bleibt also jeder, der beim gewöhnlichen Kauf Höchstpreise überschritten hat, straffrei. Diese Auffassung des Gerichtes dürfte wohl einzig dastehen, denn bisher liefen bei Höchstpreisüberschreitungen sowohl der Verkäufer wie auch der Käufer Gefahr, wegen Gesetzesüberschreitungen bestraft zu werden. Die hier produzierte Ausnahme ist so auffällig, daß der Staatsanwalt, wenn er seine Befugnisse noch ernst nimmt, unweigerlich Revision gegen dieses Urteil einlegen mußte. Es kommt jedoch noch Schöner. Unstreitig handelt es sich in diesem Falle auch um die gewerbsmäßige Weiterveräußerung der aufgekauften Waren. Wenn also der Höchstpreisübertreter als Käufer auch straffrei gelassen wird, so muß er doch zum wenigsten als Händler, der die Höchstpreise überschritten und sich der Preistreiberi schuldig gemacht hat, bestraft werden. Aber auch da fand das Gericht einen merkwürdigen Ausweg. Nach einer Entscheidung des Obergerichts muß nämlich bei der Weiterveräußerung ein unmittelbarer Gewinn eingetreten sein. Der Gewinn durch den Verkauf der Speisen sei jedoch nur mittelbar und komme nicht in Betracht. Nach dieser Argumentation des Gerichtes mußte die Höchstpreisüberschreitung straffrei bleiben und selbst wegen Preistreiberi, die doch unstreitig vorliegt, erkannte die Strafkammer auf Freispruch. Übrig ließ die Strafkammer nur das Delikt des Schleichhandels, indem R. die Butter gewerbsmäßig zum Zwecke der Weiterveräußerung angekauft habe. Zum Grund des neuen Gesetzes, nach dem kleine Gefängnisstrafen verwandelt werden können, wurden die vom Schöffengericht festgesetzten 8 Tage Gefängnis in 1000 Mark Geldstrafe umgewandelt und außerdem die 3000 Mark Geldstrafe für den Schleichhandel aufrechterhalten. Das war alles, was in diesem Falle von der gerichtlichen Ahndung dieser die Allgemeinheit so schwer schädigenden Verhältnisse übrig blieb. Die hier zutage ge-

tretene unbillbare Auslegung des Gesetzes gegen Höchstpreisüberschreitungen hat heute zwar nur noch theoretisch Wert, da ja Höchstpreise selber nicht mehr bestehen. Die Behandlung dieses Falles vor Gericht zeigt aber, wie furchtbar diese Stellen im geschäftlichen Kampfe gegen Preistreiberi und Wucher verlangt haben und somit einen großen Teil der Schuld daran tragen, daß die Bevölkerung heute so schamlos ausgebeutet wird. Solange die Gerichte die gegen den Wucher gemachten Gesetze ebenfalls derart merkwürdig auslegen, kann es natürlich nicht anders werden.

Die Löhne für Mechaniker und Orthopädiearbeiter werden ab 31. Juli um 40 Prozent erhöht, so daß die Stundenlöhne folgende sind: Gelernte Arbeiter über 20 Jahre, 1/2-jährliche Tätigkeit im erlernten Beruf vorausgesetzt, pro Stunde 28 Mk.; im ersten Gesellenjahr 17,50 Mk., im zweiten Jahr bis zum vollendeten 20. Lebensjahre 24,50 Mk.; Arbeiterinnen bis zu einem halben Jahr im Beruf 9,10 Mk., bis zu fünf Jahren im Beruf 12,20 Mk., nach fünf Jahren im Beruf 14,70 Mk.

Neuer Lohnvertrag für die Automobilindustrie. Für den Monat August sind für die Automobilindustrie folgende Lohnvereinbarungen getroffen worden: Automotorenarbeiter, Dreher, Schmiede, Klempner, Kupferschmiede, Werkzeugmacher, Schweißer und sonstige Handwerker pro Stunde 32 Mark, angelernte Arbeiter 28 Mk., ungelernete Arbeiter über 18 Jahren 26 Mk., Jugendliche bis 16 Jahre 10 Mk., von 16—18 Jahre 15 Mk., Gesellen im ersten Gesellenjahr 20 Mk., Helferinnen 15 Mark pro Stunde.

Die Eisenbahner-Lagegelder in Polen und Danzig. Der polnische Eisenbahnminister hat an Lagegeldern für Eisenbahnangehörige festgelegt: für Fahrt von Polen nach Danzig im 1. Lohngrad 150 deutsche Mark, im 2. Lohngrad 185 Mark, im 3. Lohngrad 120 Mark, im 4. Lohngrad 105 Mark, im 5. und 6. Lohngrad 90 Mark, im 7., 8. und 9. Lohngrad 75 Mark, im 10., 11., 12. und 13. Lohngrad 60 Mark, im 14. und 15. Lohngrad 50 Mark. Bei Dienststellen Angehöriger in Danzig im Gebiet der freien Stadt soll die Hälfte der Lagegelder anerkannt werden. Besondere Ausgaben und elektrische Bahnfahrt werden nicht mitgezählt.

Das Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig.

Der Aufmarsch der Hunderttausend.

Leipzig steht gegenwärtig im Zeichen des 1. Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfestes. Mehr als hunderttausend Fremde sind dazu in 88 Sonderzügen nach der Messestadt gekommen. In den ersten regnerischen Tagen der Woche trafen schon ausländische Delegationen in Leipzig ein, so die Finnen in der Dienstagnacht, am Donnerstag der Genosse Quillevic und der Vorsitzende des amerikanischen Turnerverbandes, sowie die Normweg Delegation. Am dem Empfangstag, Freitag, den 21. Juli, hatte auch der Himmel sein feilliches Gewand angelegt und übergoß die alte Messestadt mit einem goldenen Regen. Auf die Minute pünktlich traf der erste der 88 Sonderzüge aus Jmdan ein. Jubelnd begrüßt von der Leipziger Einwohnerschaft, die sich in einer großen Anzahl in und vor dem Bahnhof angesammelt hatte. In schneller Aufeinanderfolge trafen dann die mit feillichem Grün und mit Stansprüchen geschmückten Sonderzüge aus Deutschland ein. Die Begleitung der Leipziger erreichte ihren Höhepunkt, als um 2 Uhr 18 Minuten der Extrazug der Schweizer Genossen mit über 1000 Teilnehmern eintraf. In wundervoller straffer Haltung marschierten die Schweizer unter den Klängen ihrer Alpenhörner zu ihren Quartieren, begleitet von den Leipziger Turnvereinen und der Jugend. Auch die Hamburger hinterließen einen nachhaltigen Eindruck. Unter Vorantritt von hundert Trommlern, des Trommler- und Pfeiferchor Groß-Hamburg, verließen sie die gewaltige Halle des Hauptbahnhofs und die mächtigen Klänge der Internationale gaben dem Marsch einen ganz besonderen Rhythmus.

Es muß anerkannt werden, daß die Organisation des Empfangs, sowie die Unterbringung in die Quartiere eine ganz vorzügliche war. Es liefen mitunter zu gleicher Zeit drei Extrazüge ein, die auf jedem Bahnsteig mit einer Musikkapelle empfangen wurden. Die Teilnehmer der drei Züge wurden ohne jegliche Störung von den Bahnsteigen hinausgeführt und sofort in ihre Marschrichtung geleitet. Fünf Minuten nach Eintreffen eines Sonderzuges war der betreffende Bahnsteig leer. In den späten Nachmittags- und Abendstunden herrschte vor dem Hauptbahnhof ein fast lebensgefährliches Gedränge, und trotzdem, oder besser gesagt, gerade deshalb, daß die Arbeiterturner die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Abwicklung des Verkehrs übernommen hatten, ging alles reibungslos vonstatten.

Schon in den frühen Morgenstunden des Sonnabendvormittags, zogen die Vereine unter Marschmusik, Trommelklang und Gesang durch die Straßen nach dem Festplatz, auf dem um 8 Uhr mit den Proben der Kreise begonnen wurde. Das Wetter ist ein herrliches Festwetter. Im Laufe des Sonnabendvormittags trafen die Genossen aus der Tschechoslowakei in neun Sonderzügen sowie die französischen und belgischen Genossen ein, so daß gegen 4 Uhr nachmittags der Aufmarsch zum 1. Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfest beendet war.

Die Eröffnungsfeier

Am Nachmittag fand im Zoologischen Garten die offizielle Eröffnungsfeier statt. Der geräumige Saal dieses Etablissements war dichtgefüllt mit den Vertretern der einzelnen Vereine. Eingeleitet wurde die Feier durch das Vorspiel der Meisterlieder von Nürnberg. Im Anschluß daran brachte der Volkschor Leipzig-Thonberg zwei Chorlieder zum Vortrag und anschließend daran die Internationale. Stehend wurde sie von allen gesungen und beim Abschlus-

des letzten Strophen sangen alle Anwesenden vereint „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“. Danach hielt Genosse Gellert die Begrüßungsansprache. Er wies auf die Bedeutung dieses ersten großen Arbeiter-Sportfestes hin. Wer gestern auf dem Bahnhof weckte, und die Ankunft der Extrazüge mit erlebte, der hat ein Bild gesehen, voller Februn und Herzensfreude. Außer den Bundesmitgliedern sind 15 000 ausländische Genossen und Genossinnen, mit denen uns keine Landesgrenze scheidet, zum Feste geeilt. Der Gedanke der einigenden Arbeitersportbewegung ist es, der uns brüderlich zusammenhält. Möge unser Fest mit dazu beitragen, daß in Zukunft Völkermorden, wie erlebt, zur Unmöglichkeit wird. Möge die Parole für den Kampf der zukünftigen Tage lauten: Vorwärts und aufwärts.

Dann sprach Staatssekretär Genosse Heinrich Schulz als Vertreter des Reichsministeriums des Innern. Er wies auf die Gegensätze hin, die zwischen der alten militärischen Ausbildung und zwischen dem Sport unserer Tage bestehen. Als grundsätzliche Verhältnisse betonte er, daß die Vertreter des Volkssports sich aus freier Entschliebung dem edlen Werte der körperlichen Gesunderhaltung widmen, daß ihr Zweck nicht sei, eine neue Waffe zu schaffen für imperialistische Streitigkeiten. Im Namen der Stadt Leipzig begrüßte Oberbürgermeister Rath das Bundesfest. Für das Gewerkschaftsinternationale sprach Genosse Schilling. Als Vertreter der Arbeitersportinternationale sprach der Sekretär G. Bridoux-Drüffel. Ebenso ergliffen noch das Wort zur Begrüßung der Vorsitzende des Landesverbandes der Tschechoslowaken weiter Genosse Müller-Auffig für die deutschen Arbeiterturner der Tschechoslowakei. Ebenso sprachen noch ein Vertreter der französischen und norwegischen Arbeitersportler. Alle ausländischen Genossen betonten den Wert der internationalen Zusammenarbeit. Gellert dankte für die warmen Worte der Begrüßung und bedauerte, daß es nicht möglich war, die übrigen Vertreter der 15 Nationen zu hören. Allen rief er das Wort zu: Hinan zu die Arbeit und erfrische damit gleichzeitig das 1. Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest.

Auf dem Festplatz.

Schrittweise nur kommt man vorwärts mit den Arbeitersportlern, die das Gelände überfüllen, auf dem die Internationale Buchgewerbeausstellung zu Beginn des Weltkrieges ein so jähes Ende fand. Die große Kuppelhalle und die anschließenden hellen, luftigen Räume sind für Massenbewegung eingerichtet. Die Bundesverwaltung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hat den Verkauf und die Versorgung mit Lebensmitteln in eigene Hände übernommen. Praktischerweise hat man von der Wäckerleischausstellung die Nachbarn stehen lassen. In einem dieser Defen werden täglich für 30 000 Mark Konditoreiwaren hergestellt, die laufend abgeholt werden. In einem anderen Defen werden täglich und halbstündlich 1200 Stück Brötchen gebacken. Um die Versorgung geordnet durchzuführen zu können, sind in verschiedenen Ausstellungsgebäuden große Restaurationsbetriebe eingerichtet. So ein großes Bierrestaurant für circa 8000 bis 7000 Personen. Dann ein fast gleich großes Café-Restaurant, wo ganz besonders Konditoreiwaren, Kaffee, Tee, Schokolade, aber auch Bier und andere erfrischende Getränke verabfolgt werden, ebenfalls mit großer Küche für warme und kalte Speisen. Ferner ein Weinrestaurant mit Garten, wo sich circa 600 Teilnehmer erholen können und endlich die Turnerräume, wo 20 000 Gäste innerhalb zweier

Wer polonisiert Danzig?

Berfolgt man die bürgerlichen Zeitungen im Freistaat, dann köhnt man dauernd auf Artikel, die in mehr oder weniger grellen Farben die Gefahr der Polonisierung Danzigs...

Alle Polonisierungsbestrebungen der Polen mühten in Danzig von vornherein scheitern, wenn unser Senat durch seine Wirtschaftspolitik nicht direkt und indirekt der Polonisierung die Wege ebnete...

Selt Monaten erklären die Leiter der hiesigen Industriebetriebe, daß die Betriebe nicht voll ausgenutzt werden können, weil es an tüchtigen Facharbeitern fehlt.

Diese Wirtschaftspolitik des Senats führt uns also dahin daß die wahren Träger des Deutschtums infolge der niederen Entlohnung gezwungen werden, die Heimat zu verlassen...

Der Senat hätte es in der Hand, den Wucher zu unterbinden. Er tut es nicht. Bei allen Schritten, die er unternimmt, fragt er erst die Wucherer, ob es ihnen wehe tun würde...

Auch in den Versammlungen, die ich in letzter Zeit auf dem Lande besucht habe, kam eine grenzenlose Erbitterung der erwerbstätigen Landbevölkerung über die Unbilligkeit des Senats gegenüber dem Wucher zum Ausdruck.

Hundert Getreide auch nicht einer den Platz hat, von der Kanzel gegen den Wucher auszubekämpfen. Wie anders haben doch in solchen Zeiten früher viele Getreide gemischt?

So kann also festgestellt werden, daß der Bevölkerung und dem Deutschtum in Danzig die größte Gefahr von innen, von der Wirtschaftspolitik unseres Senats droht.

Schwere Explosions- Detonationen

erschütterten heute vormittag die Stadt und verursachten ziemlich viel Aufregung, zumal man Veranlassung hatte, an folgenschwere Munitionsexplosionen im Hafen zu glauben.

Sie bleiben extrem deutsch-völkisch.

Die Hauptleitung der Deutschnationalen Volkspartei, Landesverband Danzig, veröffentlicht nachstehende, wie mitgeteilt wird, einstimmig gefasste Entschliessung:

Die Deutschnationale Volkspartei im Freistaat behält also, was ja kaum der Bestätigung bedurfte, ihren bisherigen für den Freistaat und seine Bevölkerung so gefährlichen extremen Kurs bei.

Hinterziehung der Grunderwerbsteuer. Der Kaufmann Feltz Kowalski in Danzig wurde vom Schöffengericht wegen Hinterziehung von 1040 Mark Grunderwerbsteuer zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Schwer bestrafte Viehdiebstähle. Der Stellmacher Wilhelm ELEG aus Ellerbruch hatte sich vor der Strafkammer wegen zweier Viehdiebstähle zu verantworten, die er mit seinem Bruder Karl ELEG gemeinsam ausführte.

Angen hatten außerdem eine Kuh gestohlen, um den Verdacht der Diebstahls von sich abzuwälzen. Der Angeklagte suchte die Tat zu leugnen, das Gericht hielt ihn aber für überführt und verurteilte ihn wegen Einbruchdiebstahls...

Im Bauarbeiterkreis sind nach dem Scheitern der letzten Verhandlungen keine Veränderungen eingetreten. Die Arbeitgeber haben sich bisher nicht dazu angeschlossen...

Der amerikanische Dampfer „Zudouehanna“ trifft nach Mitteilung des Norddeutschen Lloyd etwa am 5. August im Hafen von Danzig ein und nimmt bei Reichelstraße die Richtung auf See...

Vortrag im Arbeiter-Sängerbund. Anlässlich des zweiten Sängersfestes des Chores Freistadt Danzig im Deutschen Arbeiter-Sängerbunde...

Das portugiesische Konsulat in Danzig. Polen hat im Einverständnis mit dem Danziger Senat dem portugiesischen Ehrenkonsul E. Neumann Exequatur erteilt.

Auf der Waldbühne im Gutenberghain wird der „Rigeunerbaron“ nur noch heute, Mittwoch und Donnerstag gegeben.

Das große Feuerwerk in Zoppot, bekanntlich schon eingemalte wegen des regnerischen Wetters verlegt, soll künftige Witterung vorausgesagt, nunmehr morgen, Donnerstag abend stattfinden.

Polizeibericht vom 26. Juli 1922. Festgenommen 2 Personen, darunter: 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Beschpreiherel, 4 wegen Trunkenheit...

Warisensee. Verheerende Gewitterregen. Ueber Warisensee, dem schönsten und einem der bestbesetzten Ausflugsorte im Freistaat ging am Sonntag zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags ein außerordentlich schweres Gewitter nieder.

Table with 2 columns: Location and Water level change. Locations include Jowisch, Warschau, Ploetz, Thorn, Gordon, Culm, Graudenz, Kurzebrack, Montauerspitze, Pischel, Dirschau, Einlage, Schiewenhorst, Rogat, Schönau D. P., Galgenberg D. P., Reuhorsterbusch, Annaburg.

Table titled 'Heutiger Devisenstand in Danzig.' with columns for currency and amount. Includes Polish Mark (3.50), Amer. Dollar (3.14), and English Pound (22.30).

